

Ministerium: Wildwuchs bei Windkraft wird vermieden

Debatte Landesregierung reagiert überrascht auf Kritik von Bürgerinitiativen

Von unserem Redakteur Volker Boch

Rheinland-Pfalz. Das Wirtschafts- und Energieministerium in Mainz bleibt hinsichtlich des Streits um die Art der Umsetzung der Energiewende im Land bei seiner Haltung. In einer ersten Reaktion auf den offenen Brief von 15 Bürgerinitiativen an Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD), über den unsere Zeitung berichtet hatte, zeigt sich das Wirtschaftsministerium offensichtlich vom Widerspruch gegen seine Politik überrascht. „Die Kritik von Bürgerinitiativen in aktuellen Medienberichten ist nicht nachzuvollziehen“, erklärt das Ministerium in einer Mitteilung.

„Der vorliegende Entwurf der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Landesentwicklungsprogramms (LEP IV) gibt gegenüber der ersten Fassung dem Landschaftsschutz deutlich mehr Raum“, erklärt das Ministerium. „Es fand ein umfassendes Anhörungs- und Beteiligungsverfahren statt, an dem sich auch die Naturschutzverbände aktiv beteiligt haben.“ Ob die massiven Einwände der Naturschutzverbände und Kritiker der Energiewende-Politik in der Fortschreibung des LEP IV letztlich auch umgesetzt werden, ist unterdessen nicht geklärt.

In ihrem offenen Brief hatten die landesweit verteilten Bürgerinitiativen große Bedenken an der Planung des Ministeriums angemeldet, mit der Fortschreibung ökologische Schutzzonen weitgehend zu kippen. In dieser Frage dauert seit Monaten ein Streit an. Gerade vonseiten der Naturschutzverbände gab es – bei aller Unterstützung für die Energiewende – viele Einwände. „Wir fordern, dass der Windkraftausbau gelenkt vor sich gehen muss, weil sonst sowohl die Lebensqualität der Menschen als auch die Lebensräume für viele Tierarten gefährdet sind“, sagt stellvertretend Harry Neumann vom BUND Rheinland-Pfalz.

Besonders dem Wirtschaftsministerium wird von Kritikern vorgeworfen, die Verantwortung leichtfertig an die Kommunen weiterzugeben und zu nahe an den Projektentwicklern „dran“ zu sein. Zuletzt wurden auch zunehmend gesundheitliche Bedenken angemeldet, Tenor: Es ist nicht auszuschließen, dass Windräder gesundheitliche Langzeitfolgen haben. Die Bürgerinitiativen verweisen in ihrem Schreiben unter anderem darauf, dass die Weltgesundheitsorganisation bei Windkraftanlagen einen Mindestabstand von drei Kilometern zu Wohnsiedlungen empfehle.

„Wir fordern die Landespolitik dazu auf, durch eine klare überregionale Lenkung grundsätzliche Beeinträchtigungen zu minimieren“, sagt Neumann. „Die kommunale Bauleitplanung ist hiermit völlig überfordert.“ Die Landespolitik lehnt eine solche übergeordnete Planung aber weiterhin ab: „Die Ortsnähe der kommunalen Planung bietet die wichtige Möglichkeit, die betroffenen Bürger in

notwendige Entscheidungsprozesse zur Umsetzung der Energiewende einzubinden“, heißt es in der Mitteilung. Wirtschafts-Staatssekretär Uwe Hüser (Grüne erklärt zudem: „Im Entwurf sind alle notwendigen Vorgaben enthalten, um einen unkontrollierten Wildwuchs bei Windenergieanlagen zu vermeiden.“ Wörtlich heißt es: „Wildwuchs bei Windkraft wird vermieden.“ Kritiker entgegnen, dass dieser Wildwuchs bereits heute nicht mehr zu übersehen ist.

„Sensible Flächen im Pfälzerwald werden beispielsweise von einer Nutzung der Windenergie explizit ausgeschlossen“, stellt Hüser weiter fest. Auch hier nennen Naturschützer seit Monaten Beispiele, in denen sensible Flächen nicht verschont werden. So war beispielsweise der Soonwald lange im Rennen um einen möglichen Nationalpark, während parallel dazu in unmittelbarer Nähe zur potenziellen Nationalpark-Fläche Windkraftprojekte realisiert wurden. Laut Neumann läßt sich aktuell am „ökologischen Juwel Stegskopf im Westerwald“ erleben, wie für die Errichtung von Windrädern „ein beantragtes Naturschutzgebiet passend zugeschnitten“ werden soll.

Rh.-Lahn-Ztg. Diez vom Donnerstag, 28. März 2013, Seite 3